

Protokoll
der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung - Stavo/004/2011
am Donnerstag, den 06.10.2011
im großen Sitzungssaal

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:40 Uhr

Um 19.00 Uhr eröffnet Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn die 4. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Von den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung fehlen entschuldigt die Damen Stadtverordnete Rahn, Steinbach und Dietz.

Der Magistrat wird vertreten durch Herrn Bürgermeister Klug, Herrn 1. Stadtrat Teubner-Damster und die Herren Stadträte Baumgartner, Wagner, Semmler, Parr, Birke, Maikranz und Stengel. Von der Verwaltung sind Herr Magistratsoberrat Weicker, Herr Tech. Oberamtsrat Bouda, Herr Högel, Herr Stuff, Frau Lehr und die Schriftführerin Frau Wießner anwesend.

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Verleihung von Ehrenbriefen des Landes Hessen durch Frau Landrätin Anita Schneider
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Genehmigung der Tagesordnung
- 5 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
- 6 Mitteilungen
- 7 Anfragen

Sitzungsteil A

- 8 Bauleitplanverfahren der Stadt Laubach, Stadtteil Freienseen
Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Altenhainer Straße"
hier: - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
- Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB
- Durchführung des Bauleitplanverfahrens nach §§ 3 und 4

BauGB

- 9 Bauleitplanung der Stadt Laubach, Stadtteil Ruppertsburg
Bebauungsplan "Am Preßberg"
hier: - Beschluss zur Aufstellung gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
- Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB
- Durchführung des Bauleitverfahrens nach § 13 Abs. 2 u. 3
BauGB
- 10 Jahresabschluss des Eigenbetriebs "Stadtwerke Laubach" zum 31.12.2009
- 11 Vorschlag für die Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2011 der
Stadtwerke Laubach

Sitzungsteil B

- 12 Einbringung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 und deren Anlagen
- 13 Baugebiet Wetterfeld
Bürgermeisterantrag vom 28.09.2011
- 14 Beratung und Beschlussfassung für die Bereitstellung von außerplanmäßigen
Aufwendungen gem. § 114 g HGO für eine Machbarkeitsstudie
"Gemeinschaftsprojekt Freienseen"
- 15 Benennung von Mitgliedern für eine Brandschutzkommission nach § 72 HGO
- 16 Beratung und Beschlussfassung über die dingliche Sicherung von Ökopunkten im
Grundbuch der Stadt Laubach (Talbrücke Bornbach)
- 17 Beratung und Beschlussfassung über den Widerspruch des Bürgermeisters gem.
§ 63 Abs. 1 HGO gegen die Ablehnung der Vorlage 050/2011
- 18 Änderung der Friedhofsordnung der Stadt Laubach
- 19 Realisierung eines Medizinischen Versorgungszentrums / Ärztehauses in Laubach

Beratung:

1 Eröffnung und Begrüßung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2 Verleihung von Ehrenbriefen des Landes Hessen durch Frau Landrätin Anita Schneider

Frau Landrätin Anita Schneider verleiht nachfolgenden Personen den Ehrenbrief des Landes Hessen für ehrenamtliche Tätigkeit in der Stadt Laubach:

1. Herrn Michael Sussmann für seine Tätigkeiten als Stadtverordneter von 1989 bis 1999, Mitglied des HFA von 1989 bis 2008, als stellvertretender Vorsitzender des HFA von 1997 bis 2001 und von 2001 bis 2006 Vorsitzender, als Ortsbeiratsmitglied Laubach von 2001 bis 2003 und seit 2001 bis heute als Stadtverordneter
2. Herrn Hans-Walter Parr für seine Tätigkeiten als Ortsbeiratsmitglied Gonterskirchen von 1993 bis 1997, als Stadtverordneter von 1993 bis 2001 und von 2001 bis heute als Mitglied des Magistrates
3. Herrn Norbert Walter für seine Tätigkeiten als Stadtverordneter von 1993 bis 2001, als Ortsbeiratsmitglied Röthges von 1989 bis heute und von 2009 bis heute als Ortsvorsteher
4. Herrn Horst Lang für seine Tätigkeiten als Stadtverordneter von 1993 bis 1994, als Ortsbeiratsmitglied Laubach 2004-2006 und als Stadtverordneter von 2007 bis heute

Herr Stadtrat Hans-Peter Lindner ist heute leider nicht anwesend, daher wird Herr Bürgermeister Klug die Verleihung und den Dank entsprechend weiterleiten.

In diesem Zusammenhang gratuliert Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn Herrn Magistratsoberrat Weicker anlässlich seines 40-jährigen Dienstjubiläums.

3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn stellt die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

4 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn stellt die ordnungsgemäße Einladung fest und entschuldigt die im Nachgang erhaltene geänderte Einladung mit Tagesordnung.

Er teilt mit, dass die Anfrage der CDU nicht unter dem TOP 18, sondern unter dem TOP 7 „Anfragen“, durch den Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Sparkasse Laubach-Hungen beantwortet wird.

Als neuer TOP 18 wird die *„Realisierung eines Medizinischen Versorgungszentrums / Ärztehaus in Laubach“* eingefügt.

Desweiteren liegt ein Dringlichkeitsantrag von Herrn Bürgermeister Klug bezüglich des Verkaufs von Grundstücken im Neubaugebiet Wetterfeld vor.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn stellt den Antrag, gemäß § 58 (2) HGO, den Dringlichkeitsantrag von Herrn Bürgermeister Klug auf die Tagesordnung unter TOP

13 einzufügen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Herr Bürgermeister Klug erklärt auf Nachfrage des Stadtverordneten Köhler, dass der Antrag dringlich sei, da der Investor bis Mitte Oktober ein Signal des Stadtparlamentes erwartet. Die nächste Sitzung wäre erst im November, sodass die Dringlichkeit gegeben ist, da der Investor auch mit anderen Kommunen Gespräche führt.

Abstimmungsergebnis zum Antrag des Herrn Stadtverordnetenvorstehers Kühn:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12	4	1	2	34
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

Der Antrag ist damit angenommen.

Es gilt damit die auf Seite 1 und 2 aufgeführte Tagesordnung als beschlossen.

5 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Es werden keine Beanstandungen gegen die Niederschrift der Sitzung der Stadtverordneten vom 31.08.2011 angebracht.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12	4	1	2	34
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

6 Mitteilungen

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn weist darauf hin, dass sich ab dem 01.01.2012 die HGO ändern wird. Er wird die einschlägigen Änderungen mit der Verwaltung abstimmen und dem Parlament mitteilen.

Herr Bürgermeister Klug teilt mit, dass die geplante Sitzung zur Thematik „Interkommunale Zusammenarbeit“ für die Fraktionsvorsitzenden, Stadtverordnetenvorsteher und Bürgermeister vom 27.10.2011 auf den 21.11.2011 um 19.00 Uhr in Lich verschoben wird.

Weiter teilt er mit, dass die Mitglieder des UBPVA zum Thema „Radwegbrücke“ am 25.10.2011 um 17.30 Uhr, zu einer Ortsbesichtigung eingeladen werden.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn teilt mit, dass sich in der Sitzungsmappe ein Umschlag mit Zugangsdaten für die Internetseite Benutzerinfo.aspri.de/sessionnet

befindet. Herr Magistratsoberrat Weicker macht weitere Ausführungen über die Info-Möglichkeiten dieser Seite. Der Zugang muss ab dem 10. Oktober 2011 innerhalb einer Woche freigeschaltet werden, da sonst das hinterlegte Kennwort aus Sicherheitsgründen gelöscht wird.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn bittet die Kolleginnen und Kollegen, falls noch nicht geschehen, der Stadtverwaltung jeweils ein Foto von sich zur Veröffentlichung auf der Internetseite zur Verfügung zu stellen.

7 Anfragen

Folgende Anfragen wurden eingereicht:

1. Anfrage von Herrn Stadtverordneten Dr. Rinker vom 24.09.2011 zu dem Thema Eröffnungsbilanz

Herr Bürgermeister Klug teilt mit, dass er die Beantwortung am heutigen Morgen per Mail an Herrn Stadtverordneten Dr. Rinker versandt hat. Der Einfachkeithalber wird er diese dem Protokoll beifügen.

Anmerkung: Der Wortlaut der Anfragen und die dazugehörigen Antworten sind dem Originalprotokoll als Anlage 1 und 2 beigefügt.

2. Anfrage von Herrn Stadtverordneten Ruppel zur Besetzung des Verwaltungsrates der Sparkasse Laubach-Hungen

Herr Stadtverordneter G. Semmler teilt in seiner Funktion als Vorsitzender der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Laubach-Hungen mit, dass er heute nicht in der Lage ist, die Anfrage zu beantworten. Der Widerspruch der SPD wurde an die Kommunalaufsicht zur Prüfung weitergeleitet und ist somit noch offen und schwebend. Er bittet nochmals um die Zusendung des Widerspruchs um die Anfrage des Herrn Stadtverordneten Ruppel beantworten zu können. Er bittet um Verständnis, dass er sich erst dazu äußern wird, wenn er dies beurteilen kann.

Herr Stadtverordneter H. Roeschen merkt an, dass es sich bei dem Schreiben lediglich um eine Anfrage an die Sparkassenaufsicht handelt, ob bei den Wahlen in den Gremien der Sparkasse Laubach-Hungen die rechtlichen Grundlagen beachtet wurden.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn teilt mit, dass er im Parlament über die Sache informieren wird, sobald der Vorgang durch die Kommunalaufsicht abschließend bewertet ist.

Sitzungsteil A

- 8 Bauleitplanverfahren der Stadt Laubach, Stadtteil Freienseen
Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Altenhainer**

Straße"

- hier: - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**
- Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB
- Durchführung des Bauleitplanverfahrens nach §§ 3 und 4 BauGB

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 075/2011.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung eines Änderungsplanes zum wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Laubach im Bereich „Altenhainer Straße“ im Stadtteil Freienseen.
- (2) Ziel der Änderung ist die Bereitstellung der planungsrechtlichen Grundlage für die Schaffung einer städtebaulichen Ordnung (Sicherung der vorhandenen, unterschiedlichen Nutzungen mit geringfügigen Erweiterungsoptionen) im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung (Bebauungsplan).
- (3) Nach § 2 Abs. 4 BauGB ist für die Belange des Umweltschutzes eine Umweltprüfung zur FNP-Änderung durchzuführen.
- (4) Der Aufstellungsbeschluss ist fristgerecht ortsüblich bekannt zu machen.
- (5) Die Durchführung des Bauleitplanverfahrens erfolgt gemäß den Bestimmungen der §§ 3 und 4 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12	4	1	1	33
Nein-Stimmen							
Enthaltungen						1	1

- 9 Bauleitplanung der Stadt Laubach, Stadtteil Ruppertsburg**
Bebauungsplan "Am Preßberg"
hier: - Beschluss zur Aufstellung gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
- Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB
- Durchführung des Bauleitverfahrens nach § 13 Abs. 2 u. 3 BauGB

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 076/2011.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes „Am Preßberg“, im Stadtteil Ruppertsburg.
Der vorläufige räumliche Geltungsbereich liegt mit einer Gesamtgröße von rd. 0,3 ha am östlichen Rand der Wohnortlage von Ruppertsburg und umfasst Flur 5, Flurstück 4/5 in der Gemarkung Ruppertsburg.
Lage und vorläufige Abgrenzung des Plangebietes sind der nachstehenden Übersichtskarte zu entnehmen.
- (2) Mit dem Bebauungsplan soll die bauplanungsrechtliche Grundlage für eine ergänzende Wohnbebauung geschaffen werden.
- (3) Der Bebauungsplan dient der Nachverdichtung im besiedelten Bereich. Da zudem die sonstigen Anwendungsvoraussetzungen gegeben sind, wird der Bebauungsplan als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13 a BauGB aufgestellt.
Der Bebauungsplan ist aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Laubach (1995) entwickelt.
Eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB erfolgt nicht.
- (4) Die Durchführung des Bauleitplanverfahrens erfolgt gemäß den Bestimmungen des § 13 Abs. 2 und 3 BauGB.
- (5) Der Aufstellungsbeschluss ist fristgerecht ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12	4	1	1	33
Nein-Stimmen							
Enthaltungen						1	1

10 Jahresabschluss des Eigenbetriebs "Stadtwerke Laubach" zum 31.12.2009

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 077/2011.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- a) Der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Theobald & Jung, 35398 Gießen, geprüfte Jahresabschluss der Stadtwerke Laubach zum 31.12.2009 mit einer Bilanzsumme von EUR 17.623.879,52 und einem Jahresverlust von EUR 608.161,25 wird gem. § 27 Abs. 3 EigBGes festgestellt.
- b) Der Jahresverlust des Betriebszweiges Wasserversorgung mit EUR 111.641,57 ist auf neue Rechnung vorzutragen (kumulierter Verlustvortrag: 405.739,24 EUR).
- c) Der Jahresverlust des Betriebszweiges Abwasserbeseitigung mit EUR

146.507,24 ist auf neue Rechnung vorzutragen (kumulierter Gewinnvortrag: 88.419,99 EUR).

- d) Der Jahresverlust des Betriebszweiges Bäderbetriebe mit EUR 350.012,44 ist auf neue Rechnung vorzutragen (kumulierter Verlustvortrag: 716.672,11 EUR).
- e) Der Betriebsleitung der Stadtwerke Laubach wird für das Wirtschaftsjahr 2009 die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12	4	1	2	34
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

11 Vorschlag für die Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2011 der Stadtwerke Laubach

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 045/2011.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach beschließt, der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „RG Treuhand“, Börsenstraße 14, 60313 Frankfurt, den Auftrag zu erteilen, den kaufmännischen Jahresabschluss der Stadtwerke Laubach zum 31.12.2011 zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	6	12	4	1	1	31
Nein-Stimmen						1	1
Enthaltungen		2					2

Sitzungsteil B

12 Einbringung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 und deren Anlagen

Mit seiner Haushaltsrede bringt Herr Bürgermeister Klug den 1. Nachtragshaushaltsplan und deren Anlagen für das Haushaltsjahr 2011 in die Stadtverordnetenversammlung ein.

**13 Baugebiet Wetterfeld
Bürgermeisterantrag vom 28.09.2011**

Herr Bürgermeister Klug erläutert seinen Dringlichkeitsantrag.

An der Diskussion beteiligten sich die Damen und Herren Stadtverordnete/n Häbel, Köhler, Niesner, Dr. Schmahl, Ruppel, Frank, Dr. Rinker, Luckert, Schäfer-Klaus, Kröll, G. Semmler, Waschke und Herrn Bürgermeister Klug.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn stellt fest, dass nachfolgende Ergänzungsanträge vorliegen:

1. Herr Stadtverordneter Häbel stellt den Ergänzungsantrag einen Punkt 8 einzufügen, indem auch bei Kauf von Altbauten in den Ortskernen ein Zuschuss gewährt wird.

Herr Stadtverordneter Häbel signalisiert, dass dieser Ergänzungsantrag erst einmal in den Ausschüssen behandelt werden muss.

2. Frau Stadtverordnete Dr. Schmahl stellt den Antrag über die angeführten Punkte einzeln abzustimmen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn unterbricht die Sitzung für Beratungen auf Antrag der CDU-Fraktion für 10 Minuten.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn fasst die gestellten Anträge nochmals wie folgt zusammen:

1. Frau Stadtverordnete Dr. Schmahl stellt den Antrag über die angeführten Punkte einzeln abzustimmen.
2. Herr Stadtverordneter Niesner stellt den Antrag, den Punkt 5 daraufhin zu ändern, dass die Firma Dexturis nicht alleine Vermarkter der freien Grundstücke ist.
3. Herr Stadtverordneter Köhler stellt den Antrag, den Zuschuss zu befristen.

Die Anträge 2 und 3 werden als Hinweis an die Verwaltung gegeben und in der Ausformulierung der Förderrichtlinien durch den Magistrat bzw. die Verwaltung ein gepflegt.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn lässt über die einzelnen Punkte abstimmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nachfolgende Grundsatzbeschlüsse:

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1:

Die Stadt Laubach gibt als soziale Komponente aber auch für die Gewinnung neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger jedem Bauwilligen für das Baugebiet Wetterfeld einen Zuschuss in Höhe von 27.318,00 € um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken und im Wettbewerb gegen die anderen Kommunen auch Bauwillige nach Laubach zu ziehen oder Heimischen den Wunsch vom Eigenheim zu ermöglichen. Dieser Zuschuss begründet sich auf einem Beispiel bei einem Grundstück von 628 m². Sollte das Grundstück kleiner oder größer sein wird der Zuschuss entsprechend umgerechnet, sodass wir bei einem Preis nach Abzug des Zuschusses bei 69,00 € pro m² liegen.

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12	4	1	2	34
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

Abstimmungsergebnis zu Punkt 2:

Der 2. Bauabschnitt wird für die Bebauung freigegeben. Die Durchgangsstraße im 2. Bauabschnitt wird vorerst als Baustraße hergestellt und erst weiter ausgebaut, wenn im 2. Bauabschnitt eine entsprechende Anzahl von Grundstücksverkäufen stattgefunden hat – eine Entscheidung zum Endausbau trifft der Magistrat. Die beiden Stichstraßen werden vorerst nicht hergestellt, sondern nur mit entsprechenden Anschlussmöglichkeiten für Wasser und Kanal versehen. Erst wenn hier eine entsprechende Nachfrage für Bauwillige da sein sollte, entscheidet der Magistrat über die Herstellung.

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12		1		28
Nein-Stimmen				4			4
Enthaltungen						2	2

Abstimmungsergebnis zu Punkt 3:

Der Straßenausbau des 1. Bauabschnittes wird bei der HLG in Auftrag gegeben, da die dort wohnenden Bürger/innen seit über 10 Jahren noch keine richtige Straße haben. Erste Nachfragen von Anwohnern und dem Ortsbeirat gab es bereits.

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12	4	1	2	34
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

Abstimmungsergebnis zu Punkt 4:

Der Zuschuss wird auch auf sich gerade im Verkauf befindliche Grundstücke im ersten Bauabschnitt gewährt.

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12	4	1	2	34
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

Abstimmungsergebnis zu Punkt 5:

Die Firma Dexturis erhält eine Option auf die noch freien Grundstücke im 1. Bauabschnitt, um diese entsprechend zu vermarkten. Dauer der Optionierung 1 Jahr. Bei erfolgreicher Vermarktung gerne eine Verlängerung oder auch für den 2. Bauabschnitt – Verhandlungen werden vom Magistrat geführt.

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12	3	1	2	33
Nein-Stimmen							
Enthaltungen				1			1

Abstimmungsergebnis zu Punkt 6:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorstellung des Konzeptes von Herrn Zimmermann zur Kenntnis und willigt dem Verkauf von 5 Grundstücken, sowie eine Optionierung auf 2 weitere Grundstücke für das Projekt „Betreutes Wohnen“ zu den unter 1. genannten Konditionen ein.

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12		1	2	30
Nein-Stimmen				4			4
Enthaltungen							

Abstimmungsergebnis zu Punkt 7:

Der Magistrat wird beauftragt entsprechende Verhandlungen mit dem Investor über die Verpachtung der Freifläche am Kreisel zur Umnutzung in eine Grünanlage zu führen.

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12		1	1	29
Nein-Stimmen							
Enthaltungen				4		1	5

14 Beratung und Beschlussfassung für die Bereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen gem. § 114 g HGO für eine Machbarkeitsstudie "Gemeinschaftsprojekt Freienteen"

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 084/2011.

Herr Stadtverordneter Häbel erläutert das „Gemeinschaftsprojekt Freienteen“.

Herr Stadtverordneter Ruppel teilt mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner heutigen Sitzung einstimmig die Annahme der Vorlage empfohlen hat.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, für das Projekt „Gemeinschaftsprojekt Freisenen“ zwecks Erstellung einer Machbarkeitsstudie, außerplanmäßige Aufwendungen im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2011 gem. § 114 g HGO in Höhe von 11.100 € bereit zu stellen. Für die Machbarkeitsstudie liegt ein Zuwendungsbescheid in Höhe von 4.680 € vor. Des Weiteren liegt eine verbindliche Spendenzusage in Höhe von 6.420 € von einem privaten Dritten vor.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	11	4	1	2	33
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

Herr Stadtverordneter Neuhäuser ist bei der Abstimmung abwesend.

15 Benennung von Mitgliedern für eine Brandschutzkommission nach § 72 HGO

Der Stadtverordnetenvorsteher Kühn bittet die Fraktionen um Nennung der Mitglieder für die Brandschutzkommission.

1. Bernd Bigdun (Nennung durch FW)
2. Harald Mohr (Nennung durch SPD-Fraktion)
3. Manfred Luckert (Nennung durch CDU-Fraktion)
4. Hans-Hermann Gontrum (Nennung durch Grüne)

An der Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Köhler, Ruppel und Sussmann.

Die Wahl erfolgt per Akklamation.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	11	4	1	1	32
Nein-Stimmen							
Enthaltungen						1	1

Herr Stadtverordneter Lang ist bei der Abstimmung abwesend.

Herr Stadtverordneter Neuhäuser ist bei der Abstimmung wieder anwesend.

16 Beratung und Beschlussfassung über die dingliche Sicherung von Ökopunkten im Grundbuch der Stadt Laubach (Talbrücke Bornbach)

Herr Stadtverordneter Köhler stellt den Antrag, dass Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn beauftragt wird, eine gutachterliche Stellungnahme über den von Herrn Stadtverordneten Frank ausgearbeiteten Fragenkatalog vom Hessisches Städte- und Gemeindebund einzuholen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn teilt mit, dass er den Fragenkatalog parallel in den entsprechenden Ausschüssen erörtern wird.

An der Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Köhler, Frank und Ruppel, sowie Herr Stadtverordnetenvorsteher Kühn.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Herrn Stadtverordneten Köhler:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12	4	1	2	34
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

Der Antrag ist angenommen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt gemäß § 51 Ziffer 15 HGO der dinglichen Sicherung von jeweils 230.000 Ökopunkten für die Ausgleichsmaßnahme „Talbrücke Bornbach“ aus der Parzelle Gemarkung Laubach, Flur 14, Flurstück 1, (Ökopunktefläche 2 in der Abteil 163 A) zugunsten der Bundesstraßenverwaltung für Maßnahme „Talbrücke Bornbach“ zu.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	12	4	1		32
Nein-Stimmen							
Enthaltungen						2	2

Herr Stadtverordneter Lang ist bei der Abstimmung wieder anwesend.

17 Beratung und Beschlussfassung über den Widerspruch des Bürgermeisters gem. § 63 Abs. 1 HGO gegen die Ablehnung der Vorlage 050/2011

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 088/2011.

An der Diskussion beteiligen sich die Herren Stadtverordneten E. Roeschen, Frank, Dr. Rinker, H. Roeschen, Neuhäuser sowie Frau Stadtverordnete Schäfer-Klaus.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Widerspruch des Bürgermeisters vom 01.09.2011 statt zu geben und der Beschlussvorlage 050/2011 zu zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen			12	4	1	2	19
Nein-Stimmen							
Enthaltungen	7	8					15

18 Änderung der Friedhofsordnung der Stadt Laubach

Der Thematik wird nochmals in den Ausschüssen behandelt.

**19 Realisierung eines Medizinischen Versorgungszentrums /
Ärztehauses in Laubach**

Herr Bürgermeister Klug macht weitere Ausführung zu der Thematik.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den Grundsatzbeschluss:

Die FA BCCM erhält dazu den Auftrag, das im Bericht für die langfristige, dauerhafte Sicherung einer breiten ärztlichen Versorgungsstruktur favorisierte Modell eines Gesundheitszentrums Laubach aktiv weiterzuverfolgen. Dieses Modell soll verschiedene Arten von Versorgungsmodellen, darunter im Kern auch ein medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) in Kooperation mit einer Klinik, aber ebenso selbständige Einzel- oder Gemeinschafts- sowie Filialpraxen, Therapeuten und eine Apotheke unter einem Dach vereinen. Dazu sind von BCCM kurzfristig Gespräche und konkrete Vertragsverhandlungen mit den interessierten Beteiligten inkl. potentiellen Immobilienbesitzern und Investoren zu führen.

Die Stadt arbeitet weiter aktiv an der Umsetzung dieses Projektes mit, sei dies in Form von Baugenehmigungsverfahren, Kartenausügen, Informationen etc. Ferner erklärt sich die Stadt Laubach bereit entsprechende Zuschuss- und Fördermöglichkeiten von Kreis, Land, Bund und EU kurzfristig zu prüfen und in die Projektierung einzuarbeiten.

Im JSKTS-Ausschuss wird kontinuierlich über die weitere Projektentwicklung berichtet.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	8	11	4	1	2	33
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

Frau Stadtverordnete Sussmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

(Joachim Michael Kühn)
Vorsitzender

(Christina Wießner)
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.10.2011

Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordneter Kühn, Joachim Michael

CDU-Fraktion

Stadtverordnete Albert, Ingrid

Stadtverordneter Beyer, Uwe

Stadtverordnete Diepolder, Christine

Stadtverordneter Jäger, Bernhard

Stadtverordneter Kröll, Axel

Stadtverordneter Luckert, Manfred

Stadtverordneter Rinker, Mike Dr.jur.

Stadtverordneter Ruppel, Björn Erik

SPD-Fraktion

Stadtverordneter Eisenfeller, Helmut

Stadtverordneter Lakos, Carl

Stadtverordneter Mohr, Harald

Stadtverordneter Roeschen, Hartmut

Stadtverordnete Schäfer-Klaus, Gabriele

Stadtverordneter Viehl, Mathias

Stadtverordneter Waschke, Uwe

Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen

Stadtverordnete Becker, Carmen

Stadtverordneter Köhler, Michael

Stadtverordnete Musolff, Bärbel

Stadtverordnete Schmahl, Christiane Dr.

FDP-Fraktion

Stadtverordneter Roeschen, Eberhard

FW-Fraktion

Stadtverordneten	Bigdun, Bernd	_____
Stadtverordneten	Emrich, Klaus	_____
Stadtverordneten	Gottwals, Ralf	_____
Stadtverordneten	Häbel, Ulf Dr.	_____
Stadtverordneten	Lang, Horst Oberstudienrat i.K.	_____
Stadtverordneten	Neuhäuser, Josef	_____
Stadtverordneten	Niesner, Artur	_____
Stadtverordneten	Semmler, Günther	_____
Stadtverordneten	Straka, Andreas	_____
Stadtverordnete	Sussmann, Anne	_____
Stadtverordneten	Sussmann, Michael	_____

Bürger für Laubach

Stadtverordneten	Frank, Hans-Georg	_____
Stadtverordneten	Gontrum, Hans	_____

Magistrat

Bürgermeister	Klug, Peter	_____
Stadtrat	Baumgartner, Wolfgang	_____
Stadtrat	Birke, Lothar	_____
Stadtrat	Maikranz, Siegbert	_____
Stadtrat	Parr, Hans Walter	_____
Stadtrat	Semmler, Axel	_____
Stadtrat	Stengel, Uwe	_____
1. Stadtrat	Teubner-Damster, Hans-Georg	_____
Stadtrat	Wagner, Horst	_____

Schriftführer/in

Verwaltungsfachan gestellte	Wießner, Christina	_____
--------------------------------	--------------------	-------

Verwaltung

Technischer Oberamtsrat	Bouda, Martin	_____
Verwaltungsfachan gestellte	Lehr, Michaela	_____
Magistratsoberrat	Weicker, Karl-Heinz	_____

entschuldigt fehlt

SPD-Fraktion

Stadtverordnete Rahn, Inge Marlies
Stadtverordnete Steinbach, Marika

Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen

Stadtverordnete Dietz, Barbara Dipl.-Rest.

Magistrat

Stadtrat Lindner, Hans-Peter
